



Poldi

KPÖ - PolitikDirekt in die Leopoldstadt

20.000 Frauen demonstrieren am 19. März
1911-2011: 100 Jahre
Internationaler
Frauentag



Heute wie damals: 100 Jahre nach dem ersten Internationalen Frauentag müssen Frauen noch immer für ihre Rechte kämpfen. Mit einer Großdemonstration am 19. März 2011 soll in Wien ein Zeichen für den Kampf um Gleichberechtigung gesetzt werden. (Im Bild: Frauendemonstration in den 1950er Jahren vor dem Burgtheater in Wien)

2,5% für die KPÖ:
Wir sind
Bezirksrat,
danke schön!

S. 2

Starke Frauen:
Der lange
Kampf um
Selbstbe-
stimmung
S. 4-5

35. Parteitag:
Für eine
Solidarische
Gesellschaft

S. 6

Editorial

KPÖ und PolDi sagen Danke!

Die Bezirkswahlen vom 10.10.2010 haben für die KPÖ-Leopoldstadt ein erfreuliches Ergebnis gebracht. Gegenüber 2005 (664 Stimmen) erreichte die Liste "KPÖ-KommunistInnen und PolDi-PolitikDirekt in die Leopoldstadt" entgegen dem unerfreulichen Trend nach "rechts" 969 Stimmen, das sind um 305 Stimmen mehr oder eine Steigerung um 46%. Das ist – wenn auch von einer bescheidenen Basis ausgehend – ein hervorragendes Ergebnis.

Ein kleiner Wermutstropfen ist, dass wir das zweite Mandat im Bezirk relativ knapp verpasst haben. Dieses hätte uns etwas mehr Mitwirkungsmöglichkeiten in den offiziellen Gremien der Bezirksvertretung gebracht.

Mein Dank gilt allen unseren Wählerinnen und Wählern, die sich von der Medienhetze und dem Rechtspopulismus nicht abschrecken haben lassen. Und ich danke allen MitstreiterInnen, die uns im Wahlkampf unterstützt haben.

Natürlich bleiben wir weiter aktiv: Am 23.11.2010 fand im Haus der Begegnung am Praterstern die konstituierende Sitzung der Bezirksvertretung statt. Die KPÖ-Leopoldstadt und PolDi protestierten als einzige Fraktion gegen die bekannten Umtriebe der Bezirks-FPÖ. Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 2 und 3. Und am 28.1.2011 haben wir gegen den Ball des rechtsextremen WKR (Wiener Korporations-Ring) demonstriert. Nikolaus Lackner berichtet darüber in dieser Ausgabe auf Seite 3.

Der Mittelteil dieser Zeitung ist den Frauen gewidmet. Am 19.3.1911 gingen in Wien erstmals zehntausende Frauen auf die Straße, um für ihre Rechte zu demonstrieren. Die Beiträge zum Thema finden Sie auf den Seiten 4 und 5, ebenso die Termine zum Internationalen Frauentag.

Von 26.-27.2.2011 findet der 35. Parteitag der KPÖ statt, bei dem unser Bezirk mit fünf Delegierten vertreten sein wird. Entgegen dem allgemeinen Trend zum politischen und kulturellen Individualismus/Egoismus macht die KPÖ der fortschrittlichen Linken und auch der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft das Angebot für eine Umkehr hin zu einer "solidarischen Gesellschaft". Das Beschlussdokument ist abrufbar unter www.kpoe.at. Meine Überlegungen dazu möchte ich Ihnen auf den Seiten 6 und 7 näherbringen.

Auch diesmal wünschen das PolDi-Team und ich allen unseren LeserInnen eine interessante Lektüre!

Ihr Bezirksrat Josef Iraschko



KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko
(Foto: Martin Juen)

Bezirkspolitik

Die Wahlen sind geschlagen...

von Patrick K.

...aber wissen Sie, wer in Ihrer Bezirksvertretung sitzt? Da wäre zum Beispiel Franz Lindenbauer, stv. Klubobmann der FPÖ Leopoldstadt. Er ist zu fragwürdiger Bekanntheit gelangt, weil er sich auf einer Feier stolz mit Hakenkreuz auf dem Arm fotografieren hat lassen.

Dumm für ihn, dass dieses Bild dann auch im Internet abrufbar war. Nach Presseberichten entgegnete er bloß: "Ich weiß nicht, was mir betrunkene Leute auf die Hand (!) kritzeln ... außerdem bin ich nicht so dämlich und verpatze mir durch so was meine Karriere."

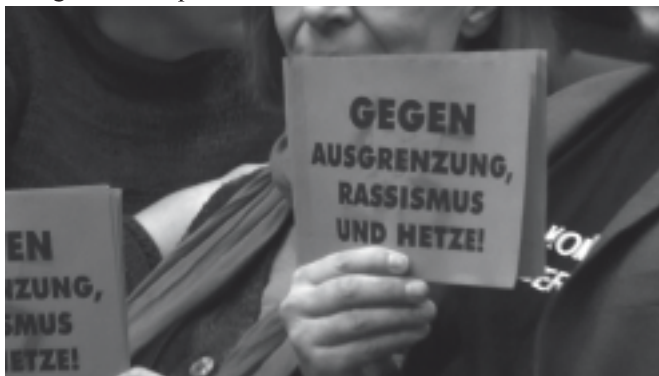
Die "blaue" Karriere dürfte nicht gefährdet sein. Im Gegenteil: Der Franz, der sich inzwischen als "Vermögensberater" in der Finanzwelt versucht, ist Bezirksobmann des RFJ (Ring Freiheitlicher Jugend). Das ist jene Organisation, die laufend für Schlagzeilen sorgt, weil immer wieder Mitglieder wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt werden.

Dann wäre da noch der derzeitige Bezirksparteiobmann

der Blau/Braunen, Wolfgang Seidl: Ein Mann, von dem man nicht oft "Produktives" hört. Wenn er den Mund aufmacht, wettet er gegen Straßenumbenennungen für antifaschistische KämpferInnen oder gegen den angeblich "gezielten Sozialmissbrauch" durch MigrantInnen.

Das Weltbild und die Feindbilder Seidls sind einfach gestrickt. Primitiv und peinlich war seine kürzliche Erregung über einen "türkischstämmigen Kleingärtner", der in einer Siedlung höher als erlaubt gebaut haben soll. Kleinlaut musste Seidl seine eigene Presseausendung dementieren, da es sich bei dem Beschuldigten um einen – so Seidls dümmlicher Originalton – "waschechten Österreicher" handelte, der aufgrund einer Behinderung sein Haus umgebaut hatte. Als gäbe es keine größeren Probleme.

Herr Seidl steht übrigens weiterhin fest hinter seinem Schützling Franz Lindenbauer. Zur Belohnung wurde Seidl in den Gemeinderat hochgelobt. ►



Sichtbarer Protest gegen rechtsextreme FPÖ-Mandatare bei der konstituierenden Sitzung der Bezirksvertretung

Wofür stehen diese Leute?

Die Hälfte der FPÖ-Mandatare im Wiener Gemeinderat besteht aus schlagenden Burschenschäftlern. In ihren männerbündlerischen Vereinigungen herrscht ein Weltbild, das von Ausgrenzung sozial Schwacher (in alter kapitalistischer Tradition)

bis hin zu offen rassistischen und demokratiefeindlichen Anschauungen reicht. Die Kontakte reichen weit in die Neonaziszene hinein. Einige dieser Figuren sitzen auch in unserer Bezirksvertretung. Leider thematisieren weder die SPÖ als Mehrheitsfraktion noch die anderen Parteien diese Hintergründe ausreichend.

Widerstand ist notwendig

KPÖ & PolDi haben die konstituierende Sitzung der Bezirksvertretung im Dezember 2010 als Plattform für öffentlichen Protest genutzt: Mit einer Rede von Bezirksrat Josef Iraschko und mit intensiver Informationsarbeit über die politisch untragbare und

schweigend akzeptierte rechtsextreme Ideologie dieser Ewiggestrigen. Wir zeigten unser Missfallen und unseren Protest offen während der Sitzung: Gegen Ausgrenzung und Hetze, für ein solidarisches, soziales und antikapitalistisches Wien! ■

Die Antrittsrede von Josef Iraschko kann im Youtube-Kanal der KPÖ abgerufen werden: <http://www.youtube.com/KommunistischePartei>

No-WKR Demo 2011

Schwarzer Freitag für die Demokratie

von Nikolaus Lackner

Am 28.1. versammelte sich die Crème de la Crème des internationalen Rechtsextremismus zum Ball des "Wiener Korporationsringes". Dieses einzigartige Schaulaufen von Rassisten, Holocaust-Leugnern und Antisemiten fand abermals in den Prunkräumen der Hofburg statt.

Viele Organisationen, darunter auch die KPÖ-Leopoldstadt, hatten ihre Teilnahme an einer Gegendemonstration am Praterstern angekündigt. Was dann folgte, kann man getrost als "schwarzen Freitag" für die österreichische Demokratie bezeichnen.

Angst schüren - Demonstrierende kriminalisieren

Die langfristig angemeldete Demonstration wurde einen(!) Tag davor durch die Polizei untersagt. Den Veranstaltern wurde eine Kundgebung im Votivpark vorgeschlagen, die dann ebenfalls untersagt wurde. Rund um die Hofburg wurde ein generelles Platzverbot verhängt.

Zugleich veröffentlichten die Medien von der Polizeiführung gestreute Berichte, die vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen in den Straßen Wiens warnten. Es wurden Ängste vor gewaltbereiten DemonstrantInnen geschürt, die angeblich zu hunderten aus

dem Ausland anreisen würden, um Autos anzuzünden und die ganze Stadt im "Chaos" versinken zu lassen. Der Hintergrund dieser Desinformationspolitik ist klar: Die Bevölkerung sollte an friedliche Proteste gar nicht erst denken.

Wiener Schnitzeljagd und abendliches Kesselhüpfen

Die Eskalationsstrategie der Polizei führte nicht zum gewünschten Ergebnis. Statt zu einer Demonstration kam es in der ganzen Stadt zu vielen dezentralen, spontanen Versammlungen. Über 1000 Polizisten lieferten sich ein langes Katz und Maus-Spiel mit wenigen hundert Bürgern. Öffentliche Verkehrsmittel wurden angehalten und nach vermeintlichen DemonstrantInnen durchsucht. Einer als Clowns maskierten Samba-Gruppe wurden die Trommeln abgenommen, eine Begründung gab es für beides nicht.

Polizisten schützen Faschisten

Viele BürgerInnen wurden eingekesselt und geschlagen, weil sie sich ihr Recht auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit nicht nehmen lassen wollten. Erst nach Aufforderungen von Passanten wurde ein Rettungswagen für einen am Boden liegenden Verletzten gerufen. Ein Polizist war offen "stolz darauf,

den Jungen zusammengeschlagen" zu haben. DemonstrantInnen, die mit ihren Kameras die Übergriffe der Polizei dokumentierten, wurden wegen "aggressiven Filmens" angehalten.

Die verummten Staatsdiener weigerten sich ihre Dienstnummern zu nennen, um eine Verfolgung der Übergriffe zu verhindern. Die Schlussbilanz: vier Festnahmen und mehrere verletzte DemonstrantInnen. Zahlreiche BürgerInnen erhielten eine Verwaltungsstrafe für die Ausübung ihrer verfassungsmäßig garantierten Rechte.

Die Freiheitlichen, der politische Arm der tanzenden Rechtsextremen, waren erfreut. Der oberste Ballsecurity Guggenbichler gratulierte der Exekutive zu ihrem "Erfolg" und diffamierte die DemonstrantInnen in Presseaussendungen. Polizeigewerkschafter von der blauen "AUF" schenkten brav heiße Getränke für die PolizistInnen aus.

Und in der Hofburg freute sich die Politprominenz um Graf, Strache, Rosenkranz und Gudenus darüber, dass es ihnen wieder gelungen war, an diesem historisch bedeutsamen Ort der Öffentlichkeit auf der Nase herumzutanzten.

Kleine Siege mit großer Wirkung

Unter Beteiligung der KPÖ gelang es mehrfach, den Ver-

kehr am Gürtel zu blockieren und laut aber friedlich auf das Demonstrationsverbot aufmerksam zu machen. Mit Flugblättern wurde auf die Bedeutung des Balls für den internationalen Rechtsextremismus ebenso hingewiesen wie auf die Kriminalisierung der Proteste. Eine spontane Demonstration vor dem Polizeianhaltezentrum Rossauer Lände, wohin verhaftete Demoteilnehmer gebracht worden waren, löste sich gegen Mitternacht unter Jubel auf, als sich die Tore öffneten und man die zu Unrecht Festgehaltenen freiließ.

Letzter Rechtswalzer in der Hofburg?

Für nächstes Jahr ist dieser Ball wieder in der Hofburg zu erwarten. Der Protest wird jedoch vermehrte Unterstützung erhalten und der Druck auf die politischen Entscheidungsträger wird sich verstärken. Die Mobilisierung hat bereits begonnen. Die KPÖ wird selbstverständlich wieder teilnehmen und fordert mit Nachdruck das Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit. Wir rufen alle auf, sich zukünftig diesen antifaschistischen Protesten anzuschließen. Kein Fußbreit für Rechtsextreme und Neonazis in der Hofburg! ■

Video zur Demo auf: <http://www.youtube.com/KommunistischePartei>

100 Jahre Internationaler Frauentag Der Kampf muss weitergehen

von Doris Schlager

Der Internationale Frauentag hat eine lange Tradition. Auf Initiative der deutschen Sozialistin und späteren Kommunistin Clara Zetkin beschloss die 2. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz 1910 die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages.

Der erste Internationale Frauentag fand am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. Auch in Wien gingen 20.000 Frauen auf die Straße. Von Beginn an war dieser Tag sowohl durch die Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung als auch der ArbeiterInnenbewegung geprägt. Allgemeines Frauenwahl-

recht, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, der 8-Stunden-Tag und die Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbruch sind die wichtigsten Beispiele.

Während heute die Forderung nach der politischen Teilhabe weitestgehend durchgesetzt ist, sind andere Ziele wie "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" noch nicht einmal ansatzweise erreicht. Im Gegenteil: Wie der Frauenbericht 2010 zeigt, geht in Österreich die Schere zwischen männlichen und weiblichen Einkommen weiter auf. Bezieht frau die unentgeltliche Arbeit ein, arbeiten Frauen im Durchschnitt mehr, verdienen aber bedeutend weniger. Solange Arbeit mit "Erwerbsarbeit" und die gesellschaftlich notwendige



Der "Club der politisch interessierten Frau" in den 1980er-Jahren: Hermi Hirsch (1.v.l.), Irma Schwager (noch heute aktiv in der KPÖ Leopoldstadt, 4.v.l.), Bärbel Danneberg (5.v.l.) und Maria Lautischer (6.v.l.) waren maßgeblich an der Organisation von Frauen-demonstrationen beteiligt.

Arbeit, die im Privaten geleistet wird, mit "Nicht-Arbeit" gleichgesetzt wird, ist die Emanzipation bei den Einkommen leider immer noch Zukunftsmusik. "In the era of post-patriarchy, I will be a

postfeminist", schreibt die bekannte US-amerikanische Feministin Nancy Fraser. In diesem Sinn soll der 19. März 2011 wieder ein kämpferischer Tag für die Frauen sein. ■

Mindestsicherung, personenbezogen Mehr als eine Frauenforderung

von Doris Schlager

An der Mindestsicherung ist zu Recht schon viel kritisiert worden. Armutsgefährdet sind Menschen, deren Einkommen geringer als 951€ ist, die Mindestsicherung beträgt aber nur 744€.

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich ein Armutszeugnis, dass dieser ohnehin zu geringe Betrag in Wien nur zwölfmal ausgezahlt wird, obwohl der Gesetzeslage nach ohne Weiteres eine 14-malige Auszahlung möglich gewesen wäre.

Selten wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Mindestsicherung nicht personen- sondern haushaltsbezogen ausbezahlt wird. Ein Umstand, der für die Betroffenen eine gravierende Bedeutung hat.

So bekommt eine Frau in einem Zweipersonenhaushalt, die nichts oder weit unterhalb der Mindestsicherungsgrenze verdient, auch weiterhin keine Mindestsicherung, wenn das gemeinsame Einkommen 1116€ erreicht.

Wieviele (nicht nur, aber doch hauptsächlich) Frauen in völliger finanzieller Abhängigkeit von ihren jeweiligen PartnerInnen leben müssen, wird in den Statistiken nicht einmal erhoben, da bei Studien über Armut immer von Haushaltseinkommen ausgegangen wird.

Dass dies eine Situation ist, in der sich viele WienerInnen befinden, ergibt sich schon aus den jeweiligen Durchschnittseinkommen. Verdienen doch die am schlechtest

verdienenden Wienerinnen (die "unteren" 25%) im Jahr 2007 durchschnittlich nur 631€, die einkommenschwächsten Männer hingegen im Schnitt 794€.

Angesichts der angespannten Situation am Wiener Wohnungsmarkt ist es aber für den/die ökonomisch abhängigeN PartnerIn im Falle einer Beziehungskrise nahezu unmöglich, eine Trennung anzustreben. Ein Verbleiben in der gemeinsamen Wohnung wird nur selten möglich sein, wenn diese zu groß und damit zu teuer ist. Die Wartelisten für Gemeindewoh-

nungen sind enorm lang und werden nicht kürzer, da die Gemeinde den Bau neuer Wohnungen völlig eingestellt hat. Genossenschafts- oder Privatwohnungen anzumieten, kommt wegen der hohen Einstiegskosten ebenso wenig in Frage. Eine Trennung aus einer unglücklichen Beziehung wird so zu einem Privileg für Menschen weit über der Armutsgrenze. ■



100 Jahre Internationaler Frauentag Feminismus ist für alle da

von Hermine Katzer

Die meisten Frauenbewegungen sind Gleichberechtigungsbewegungen, das heißt, frau orientiert sich an etwas bereits Vorhandenem, an Rechten, die (manche) Männer haben, und an Normen, die von Männern geprägt sind.



Blöße Gleichmacherei sollte aber nicht das anzustrebende Ziel sein. Emma Goldman hat einmal geschrieben: "Ich glaube nicht, dass Frauen die Politik schlechter machen; aber ich kann auch nicht glauben, dass sie sie besser machen."

Ein fundamentales und allgegenwärtiges Dilemma der feministischen Bewegung ist, dass sie versuchen muss, die

gesamte Gesellschaft zu verändern, um die Frauen zu befreien. Denn Frauen können nicht frei sein, bis nicht auch die ganze Gesellschaft frei von Herrschaftszwängen ist. Diese einfache Annahme hat ernsthafte theoretische Konsequenzen. Es bedeutet nämlich, dass der Feminismus entweder auch den Männern die Emanzipation bieten oder sich stattdessen in eine über-

greifende linke Theorie integrieren muss. Besonders für einen ökologischen Feminismus, der sich mit dem Dasein insgesamt befasst, ist es wichtig, sich auch mit der Frage der Männer zu befassen, denn die Männer sind ebenfalls Teil der menschlichen Gesellschaft.

Feminismus verstehe ich als Freiheitsbewegung mit einem klaren Fokus, aber dennoch mit gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Zum Beispiel im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie, aber auch gegenüber den Männerrechten.

Verallgemeinerung ist meist der erste Schritt zu Vorurteilen und nur wenige Schritte entfernt von Ignoranz und Unterdrückung. Daher können weder der Feminismus noch die Interessen der Männer verallgemeinert werden. Wir müssen daran arbeiten, zukünftig mehr Menschen zu erreichen, um klarzustellen, worum es sich beim Feminismus eigentlich handelt: um eine Freiheitsbewegung für alle.

Eine Bewegung, die sich für eine Verbesserung der Situation von Frauen einsetzt, ist nicht automatisch eine Bewegung gegen Männer. Im Gegenteil: Nur Zusammen sind wir stark. ■

Unzählige Forderungen und Kritiken von Frauen sind seit 100 Jahren und mehr auf dem Tisch. Unzählige Forderungen warten auf Umsetzung.

Am 19. März 1911 gingen 20.000 Frauen (und Männer) für mehr Frauenrechte auf die Straße. Nun jährt sich dieser Tag zum 100. Mal – ein guter Anlass, wieder zu einer großen Demonstration für Frauenrechte aufzurufen.

Durch die Demonstration soll der Vielfalt und der Wichtigkeit feministischer Zugänge und Forderungen, die immer noch nicht umgesetzt sind, eine Stimme gegeben werden. Ziel ist es, das Trennende hintan zu stellen und möglichst zahlreich sichtbar zu werden, ohne Differenzen und Vielfalt zu leugnen.

plattform
20000frauen



Bildmaterial: Privatarchive, Dohal Archiv/SPÖ Frauen, KPÖ Frauen - Grafik: Andrea Stoick Inhalt: plattform 20000frauen, Gussaustraße 14/3, 1040 Wien

AUS! Aktion Umsetzung. Sofort.
Demonstration für Frauenrechte

19. März 2011

Treffpunkt 14:00 Schwarzenbergplatz
Abschlusskundgebung 16:00 Parlament

Zum 35. Parteitag der KPÖ Gemeinsam und solidarisch in eine menschenwürdige Zukunft

von Josef Iraschko

Felix Cardenas, Vizeminister für Entkolonialisierung der Republik Bolivien, forderte auf einer kürzlich stattgefundenen Tagung der Europäischen Linken (EL): "Entweder wir beerdigen den Kapitalismus oder die Erde stirbt."

Vor dieser Entscheidung stehen heute mehr als 90 Prozent der Menschheit. Es ist zu befürchten, dass es nicht um eine beliebige Entscheidung unter vielen geht, sondern sie ist bedeutend für das Überleben der Menschheit in Würde und in einer intakten Umwelt. Die restlichen 10 Prozent, als Verursacher dieses "Sterbens", sehen die Situation naturgemäß nicht so dramatisch, im Gegenteil: sie wollen daran noch möglichst viel verdienen.

Die indianische Weisheit, dass man Geld nicht Essen kann, hat bei ihnen auch bisher kaum eine Wirkung gezeigt.

Aus der Vergangenheit lernen

Die letzten zwanzig Jahre haben gezeigt: Im Gegensatz zur sozialistischen Idee und zu den meisten ihrer TrägerInnen ist der Kapitalismus ohne massiven Druck nicht lernfähig. Er ist historisch überholt, doch es besteht die große Gefahr, dass er bei seinem längst fälligen Untergang die gesamte Menschheit mit sich reißt, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird. Und das ist keine unrealistische Sicht der Dinge, denn schon einmal hat sich diese Entwicklung vollzogen: im Faschismus als letzte Konsequenz und als Verbündeter des Kapitalismus. Damals existierte noch eine starke, weltweite Gegenbewegung, die das Unheil abwenden konnte, aber heute?

Die Fragen für morgen stellen

Außerdem spielten in der Vergangenheit Umwelt-, Ener-

gie- und Konsumfragen noch nicht die alles überragende Rolle. Doch gerade diese Fragen kann man nicht von der Frage nach dem Wirtschaftssystem trennen. Unsere von Werbung, Medien und Politik vorgeprägten Konsumgewohnheiten haben im kapitalistischen System ihren Ursprung, auch wenn uns Eigenentscheidung und damit Selbstverantwortung unterstellt wird (als sogenannter "mündiger Bür-

ger/Konsument").

Es stimmt nach wie vor, dass unsere Epoche von der historisch notwendigen Entscheidung zwischen Kapitalismus oder Sozialismus geprägt ist. Doch muss diese objektive Tatsache vor dem Hintergrund gesehen werden, dass das politische Bewusstsein einer großen Mehrheit der Menschen dieser historischen Notwendigkeit nicht (mehr) entspricht. ►



Helfen Sie Poldi helfen!

Poldi und die KPÖ-Leopoldstadt haben sich für die kommenden 5 Jahre viel vorgenommen: Die Weiterführung der beliebten und immer gut besuchten "Roten Montage", die Einrichtung neuer "Roter

Lesekreise", unsere "Rote Sessel-Aktionen", "Rote runde Tische" im öffentlichen Raum, sowie das "Rote Wohnzimmer" mit öffentlichen Picknicks.

Wir wollen auch auf die Einrichtung einer SchülerInnen- und Jugendgruppe hinarbeiten und – unser Wunsch für den Bezirk – die Gründung eines Sozial- und MieterInnen-Beratungszentrums schaffen.

Wir haben also viel vor und hoffen, mit unserer Arbeit auch das bei der Wahl in uns gesetzte Vertrauen zu erfüllen. Alle, die sich dabei ihre eigene Mitarbeit vorstellen können, sind natürlich herzlich willkommen.

Was wir aber brauchen ist auch materielle Unterstützung. Wenn Sie unsere politische Arbeit, Projekte und Ideen sinnvoll finden, unterstützen Sie uns bitte sowohl materiell als auch personell.

Spenden aller Art richten Sie bitte an:

Konto-Nr. 00604217604

BLZ 12000, Bank Austria

Konto: MI-MieterInnen-Initiative

Geben Sie beim Verwendungszweck bitte an, ob es sich um eine allgemeine Spende zur Unterstützung unserer politischen Arbeit handelt oder gezielt um Unterstützung eines unserer Projekte. Vielen Dank im Voraus!

Ihr KPÖ & Poldi-Team

Mitverantwortlich dafür sind auch die ideologischen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Fehlentwicklungen im Namen des Sozialismus und das sich aus ihnen ergebende Scheitern der sozialistischen Praxis im 20. Jahrhundert.

Die materiellen Grundlagen, die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen für eine neue Art des Produzierens, des Verteilens und des Verwaltens sind in einem Großteil dieser Welt gegeben. Wir dürfen nicht wieder zulassen, dass alles durch grenzenlose Profitgier und barbarischen Konkurrenzkampf zerstört wird.

Sozialismus als Ausgleich

Ohne das Gegengewicht durch das realsozialistische Gesellschaftssystem hat es der enthemmte und ungebremste Kapitalismus innerhalb von 20 Jahren geschafft, Natur und Menschen an einen tödlichen Abgrund zu führen. Die gegenwärtige, angeblich

schon bewältigte Wirtschaftskrise wird sich in den kommenden Jahren, vorangetrieben durch einen noch härteren Konkurrenzkampf zwischen Kontinenten, Ländern, Regionen, Städten und Einzelpersonen erst voll entfalten und Elend wie Kriege verursachen. Möglich wird dies, weil durch die geballte Macht von Wirtschaft, Politik und Medien die Entsolidarisierung der Menschen vorangetrieben werden konnte.

Viele Menschen sind heute nicht in der Lage, die eigentlichen Fragen für die Zukunft und zur Bewältigung der gegenwärtigen Krisen zu stellen: Eine Hinterfragung von Konkurrenzdenken, Wettbewerb, Leistung, Konsum sowie dem Auseinanderklaffen von Armut und Reichtum. Und damit zusammenhängend Fragen zur Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Wachstums. Es ist Zeit, dass wir unter dem richtungsgebenden Begriff "solidarische Gesellschaft" neue Arbeits-, Verteilungs-, Konsum- und

Lebensmodelle entwickeln und die notwendige Aufklärungsarbeit dafür leisten.

Solidarität gegen die Krise

Wir sollten uns auch nicht vor der klaren Aussage scheuen, dass es zu einer radikalen Richtungsänderung keine Alternativen mehr gibt. Entweder unsere Gesellschaften bewegen sich wieder in Richtung Solidarität oder wir werden zusammen mit dem gegenwärtigen Krisensystem untergehen.

Karl Marx hat den nachfolgenden Generationen folgenden Satz mitgegeben: *"Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer*

der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen." (Das Kapital, MEW 25, 784). Hier sollten wir gedanklich und praktisch andocken.

Wir KommunistInnen werden in neuen sozialen Bewegungen keinen Avantgardeanspruch erheben, sondern mit allen zusammenarbeiten, die so wie wir bereit sind, an einem Punkt dem ökonomischen, ökologischen, kulturellen, demokratiepolitischen und sozialen Zerfall entgegenzutreten. Eine wichtige Voraussetzung und ein wichtiger Schritt für unsere Idee einer solidarischen Gesellschaft ist die Existenzsicherheit für alle. Ohne eine solche wird und kann es kein solidarisches Leben geben. Es ist an der Zeit, jetzt zu handeln! ■

Weitere Diskussionsbeiträge und Dokumente zum 35. Parteitag der KPÖ finden Sie unter <http://www.kpoe.at>

Rot-Grün halbiert den Heizkostenzuschuss Da bleibt der Ofen kalt

Dieser Winter hat in Wien schon im Oktober begonnen und wer nicht frieren wollte, musste eben heizen. Doch nicht wenige Wohnungen blieben auch in unserem Bezirk wieder kalt.



Von Armut betroffene Haushalte können den Oktober in der Heizkostenrechnung nicht einplanen, weil das Haushaltsgeld zu stark belastet wird oder einfach nicht ausreicht.

Von den PolitikerInnen (die sicher gut eingeheizt hatten) wurde zur selben Zeit die Notwendigkeit zu Sparen gepredigt. Ein Sparen, das die meisten von uns trifft. Besonders Bildung, Familien und Frauen geraten durch das Regierungsbudget in Bedrängnis. "Gespart" wird bei jenen Menschen, die bereits in der Armutsfalle sitzen. Eine "Reichensteuer" wollte die Regierung den Wohlhabenden

jedoch nicht zumuten.

Und anstatt einen Ausgleich zu den Belastungen für die Ärmsten zu schaffen, kürzte in Wien die Stadtregierung (SPÖ/Grüne) den Heizkostenzuschuss gleich um 50 Prozent und beschränkte den Kreis der Anspruchsberechtigten dramatisch. Die chaotischen Zustände rund um die Administration des Heizkostenzuschusses sorgen überdies dafür, dass die WienerInnen nur über möglichst große Hürden und Umwege zu den Antragsformularen gelangen. Draußen ist es noch immer kalt und dieses System macht es für viele noch kälter. ■

von Hermine Katzer



"Gar nicht sozial: SPÖ und Grüne halbieren in Wien den Heizkostenzuschuss für die Ärmsten. Das ist zum Feuerspeien!"

KPÖ Leopoldstadt & Freunde

Termine & Aktionen

Treffen der KPÖ Leopoldstadt

Die KPÖ Leopoldstadt trifft sich regelmäßig im Café Sperlhof, Große Sperlgasse 41, 1020 Wien. Wir diskutieren aktuelle politische Themen und planen unsere Aktivitäten. Gäste und InteressentInnen sind stets herzlich willkommen! Beginn jeweils um 18.30 Uhr.

- 7. MÄRZ "ROTER MONTAG"**, Café Sperlhof
- 21. MÄRZ + 18. APRIL**, Café Sperlhof
- 1. MAI: MAIDEMONSTRATION**
- 16. MAI + 20. JUNI**, Café Sperlhof

Rotes Wohnzimmer

Mit Unterstützung durch Pater Mario fand im Oktober unser erstes "Rotes Wohnzimmer" vor der Mexikokirche statt. Ab April laden wir wieder zum öffentlichen Picknick mit politischem Anspruch, mit Musik und einem Buffet für alle. Eine detaillierte Ankündigung folgt Ende März!

Sitzungen der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Die Sitzungen der Leopoldstädter Bezirksvertretung sind für alle Interessierten öffentlich zugänglich und finden jeweils im Bezirksamt statt. Die nächsten Termine:

- 29. MÄRZ**, 16h, Bezirksamt Karmelitergasse 9, 2. Stock
- 21. JUNI**, 16h, Bezirksamt Karmelitergasse 9, 2. Stock

Roter Montag: 100 Jahre Internationaler Frauentag

Der erste Frauentag wurde am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz gefeiert. Mit der Wahl des Datums sollte der revolutionäre Charakter des Frauentags hervorgehoben werden, denn der Vortag, der 18. März, war der Gedenktag für die Gefallenen während der Märzrevolution 1848. Außerdem hatte auch die Pariser Kommune 1871 im März begonnen.

Die KPÖ Leopoldstadt lädt zum Diskussions- und Informationsabend ein!

ZEIT: MONTAG, 7. MÄRZ 2011, 19 UHR
ORT: CAFÉ SPERLHOF, GROßE SPERLGASSE 41, 1020 WIEN

Programm:

- Diskussionsbeiträge** zum Thema von Irma Schwager, Melina Klaus, Dora Schimanko, Rahel Rosa Neubauer und als Gast: Ute Bock
- Musik:** Susi Trendov
- Fotografien:** "Augenblicke - Weibsbilder" von Bibi M. Haag
- Büchertisch:** Linkes Wort, Werkkreis Literatur der Arbeitswelt/Tarantel



Jetzt vormerken:

Am 1. Mai zur Maidemonstration mit der KPÖ-Leopoldstadt! Genaue Informationen folgen. Rückfragen an: poldi@leopoldstadt.net



MieterInnenInitiative

- kostenlose Mietrechtsberatung
- Rechtshilfefonds für einkommensschwache MieterInnen
- Schulungskurse im Mietrecht

Kontakt:

Wien 9., Liechtensteinstraße 123/20

Telefon: 01/319 44 86

Email: office@mieterinnen.org

URL <http://www.mieterinnen.org>

Ja, ich will PolDi!

Bitte ankreuzen:

- Schickt mir die PolDi-Zeitung gratis zu
- Nehmt mich in euren Email-Verteiler auf
- Ich möchte ein Volksstimme-Probeexemplar
- Ich möchte aktiv werden, ruft mich an!



Vorname: _____

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Email: _____

Tel.: _____

Abschnitt per Post einsenden an KPÖ Leopoldstadt/PolDi, c/o KPÖ Wien, Drechslergasse 42, 1140 Wien oder Rückmeldung per Email an poldi@leopoldstadt.net